



28.01.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gestern hat der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde, anlässlich des 77. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In einer bewegenden Rede hat die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher gemahnt: „Judenhass ist in vielen Ländern, auch in Deutschland, wieder alltäglich. Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden.“ Wir sind es den Opfern schuldig und stehen zu unserer Verantwortung Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit überall entschlossen entgegenzutreten. ([Hier geht es zu der bewegenden Rede](#))

Gerade vor dem Hintergrund dieser Erinnerung an die dunkelste Zeit der Kriege in Europa schauen wir voller Sorge auf die Situation an der ukrainisch-russischen Grenze. Nicht einmal zwei Flugstunden von Berlin entfernt droht ein militärischer Konflikt. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine scheint es als würde Russland die nächste rote Linie überschreiten.

Es ist wichtig, dass alle Seiten an den Verhandlungstisch kommen und eine diplomatische Lösung gefunden wird. Das ständige Rufen nach Waffenlieferungen hilft dem Frieden nicht. Stattdessen muss alles auf dem Verhandlungswege versucht werden, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Ich bin sehr dankbar, dass auf unser Drängen die Verhandlungen im Normandie-Format wieder aufgenommen wurden. Dabei ist klar: Wir stehen fest an der Seite unserer ukrainischen Partner in Kiew und unterstützen die Ukraine seit viele Jahrzehnten wirtschaftlich und auch in der Zivilgesellschaft zum Beispiel durch Städtepartnerschaften und kulturelle Austausch. Wir haben bereits Ausrüstungsgegenstände wie Lazarett-Einrichtungen geliefert und prüfen weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Und wir adressieren an Moskau, endlich für eine Deeskalation sorgen, ansonsten werden weitere Sanktionen nötig und wir legen dafür alle Möglichkeiten auf den Tisch. Unser Standpunkt bleibt aber nach wie vor, dass wir keine Waffen in Krisengebiete liefern, sondern unsere ganze Kraft für die Diplomatie aufwenden.



Im Bundestag stand diese Woche vor allem die Orientierungsdebatte um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht im Mittelpunkt. Letzte Woche habe ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Ampelkoalition alle demokratischen Abgeordneten des Bundestages angeschrieben, um gemeinsam einen Gruppenantrag für eine Impfpflicht ab 18 Jahren vorzubereiten. Diesen Standpunkt habe ich auch am Mittwoch in der Orientierungsdebatte deutlich gemacht. Wir müssen die Sorgen und Ängste auf der einen Seite, aber eben auch die Erwartungshaltung nach konsequentem Handeln auf der anderen Seite ernst nehmen und noch einmal einen großen Anlauf machen, aufeinander zugehen und zum Impfen einladen. Die Impfung ist unser Weg aus der Pandemie.

Wir müssen aber auch festhalten, dass es nicht einfach ist, nach langem Ausschließen einer Impfpflicht, diese jetzt einzuführen. Dabei müssen wir vor allem über die Alternativen sprechen. Denn wenn wir keine Grundimmunisierung in der Bevölkerung durch die Impfung bekommen, dann heißt es entweder auf Durchseuchung mit vielen Toten und LongCovid-Fällen zu setzen oder einen erneuten Herbst und Winter voller Kontaktbeschränkungen oder Lockdowns in Kauf zu nehmen. Die Allermeisten, vor allem Familien, Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, die das Leid der Pandemie tagtäglich vor Augen haben, sich in Isolation oder Quarantäne befinden, haben kein Verständnis mehr dafür, wenn ihre Grundrechte eingeschränkt werden. [\(Hier geht es zu meiner Rede\)](#) [\(Hier geht es zum Podcast der Fraktion\)](#)

Versuche von ganz Rechts, die Debatte zu stigmatisieren, zu erzählen das Grundgesetz sei außer Kraft gesetzt, die Impfpflicht mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten zu vergleichen sind kein Beitrag zu dieser Debatte. Ich habe seit der vergangenen Woche sehr viele E-Mails, Anrufe und Kommentare erhalten. Leider waren davon nur wenige respektvoll und angemessen formuliert. Selbstverständlich stehe ich für alle Bürgerinnen und Bürger für ihre Anliegen oder Anregungen zur Verfügung und selbstverständlich ist es legitim eine andere Meinung zu vertreten. Es ist aber sehr schade, dass sich der Ton und die Wortwahl teilweise nur schwer ertragen lassen.

Zum Schluss noch eine schöne Nachricht: Wetzlar wird Host Town für die Special Olympics! Die Special Olympics ist die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung und findet 2023 in Berlin statt. Als Host Town werden im Vorfeld der Spiele viele Athletinnen und Athleten aus der ganzen Welt nach Wetzlar kommen und wir werden ein inklusives Fest feiern, worauf ich mich sehr freue! [\(Alle Informationen zu den Special Olympics gibt es hier\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt

